

## **Haushaltsrede zur Ratssitzung am 05.12.2019**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

mit geplanten Einnahmen von 130,7 Mio. € und Ausgaben von 136,4 Mio. € wird für das nächste Jahr ein Fehlbetrag von 5,7 Mio. € einkalkuliert, der um etwa 30% (4,3 Mio. €) über dem Planansatz vor einem Jahr liegt und zudem trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten ein. Der für übernächstes Jahr anvisierte Haushaltsausgleich ist zur Zeit noch weit entfernt. Und wie im letzten Jahr glaube ich noch immer nicht an den Weihnachtsmann, der uns dies bescheren könnte.

Im Bereich der Jugendhilfen explodieren die Ausgaben seit Jahren. Wesentliche Ursachen dafür sind der zunehmende Alltagsstress, die verrohende Gesellschaft mit einer geringer werdenden Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft (siehe zum Beispiel Polizei- und Rettungskräfte), Cyber-Mobbing schon in den Grundschulen, leicht zugängliche Gewalt- und Todesspiele über das Internet, erheblich weniger Zeit im menschlichen Für- und Miteinander, dafür eine immer größer werdende Egoismuswelle.

Das Kommunale Präventionskonzept für Kinder und Jugendliche der Stadt Kamen, der steigende Einsatz bei der Schulsozialarbeit, aber auch der Ausbau der Kinderbetreuung sowie die zunehmenden offenen Ganztagschulen sind sicherlich wichtige und gute Ansätze dem entgegenzuwirken. Die vermehrt spürbare nicht ausreichende oder gar fehlende Kindererziehung in der Familie können sie allerdings nicht ersetzen. Solange diese Fehlentwicklung weiter steigt, müssen wir hier auch mit deutlich steigenden Sozialausgaben rechnen.

**Auch bei der Flüchtlingsversorgung und Integration erwarten uns künftig deutliche Mehrausgaben. Allein für die ca. 70 geduldeten Asylsuchenden in Kamen sind 800 000 € jährlich von der Stadt zu finanzieren. Dies widerspricht den früheren Äußerungen der Regierungsparteien, dass die Kommunen die Kosten für die Flüchtlinge vollständig erstattet bekommen. Hier wird mal wieder das Konnexitätsprinzip verletzt, wie in vielen anderen Fällen auch, zum Beispiel bei der Inklusion, wo die Aufwendungen für die fachliche Schulbegleitung und die technisch erforderlichen Umbauten nicht ausreichend gegenfinanziert sind.**

**So decken die Einnahmen seit Jahrzehnten nicht den Anstieg der Sozialausgaben ab, was letztendlich zu einer grundlegend finanziellen Unterstrukturierung geführt hat. Um die Lücke zu schließen, wurden seit Jahrzehnten die Kassenkredite auf über 70 Mio. € hochgefahren. Trotz der seit 10 Jahren anhaltenden guten Wirtschaftsentwicklung und der in zwei Stufen erfolgten drastischen Erhöhung der Grundsteuer B auf nun 690 v. H. konnten die Kassenkredite nicht abgesenkt werden. Deren Rahmen wird nach der Haushaltssatzung für nächstes Jahr auf den Höchstsatz von 85 Mio. € festgelegt.**

**Die FW/FDP Fraktion hält es weiterhin für sozial ungerecht, dass die Bürger für die grundlegenden Fehler der Politik zur Kasse gebeten werden und wird deshalb gegen den Haushalt stimmen.**

**Im Bereich Schuldigitalisierung ist richtigerweise die Zeitenwende zum digitalen Lernen vom Bund finanziell angeschoben worden. Es bleibt jedoch zu befürchten, dass die Kommunen künftig mit den Folgekosten für Personal und die technische Standardsicherung sowie Weiterentwicklung allein gelassen werden. Auf Anregung unserer Fraktion haben wir gemeinsam mit der SPD dazu die Landesregierung aufgefordert entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.**

**Schon heute stellt die Stadt Kamen Personal zur Verfügung, das die Schulen im Support unterstützt. Im Rahmen der Haushaltssicherung sind wir aber gehalten Personal abzubauen. Eine Ausweitung des Personalkörpers, um dieser neuen Aufgabe als Schulträger gerecht zu werden, sehen wir deshalb skeptisch.**

**Die Aufgabenstellung wird zunehmend komplexer und kann zukünftig durch hauptamtlich beschäftigtes Lehrpersonal mit dem Fachwissen von IT-Zusatzfortbildungen nebenbei sicherlich nicht nachhaltig gelöst werden. Hierzu wäre entsprechendes Fachpersonal erforderlich, das kreisweit oder vielleicht sogar landesweit schulübergreifend agiert.**

**Dabei bleibt die Befürchtung, dass durch Bund und Land etwas angestoßen wird, dass in der Langfristperspektive bei den Kommunen in ihrer Eigenschaft als Schulträger hängen bleibt.**

**Für finanziellen Spielraum könnte die Ausgliederung der kommunalen Schulden und Abwicklung des Schuldenberges durch Bundes- und Landesfinanzierungssysteme führen. Dazu kann man im Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2018 vom Juni 2019 nachlesen:**

**Die erhöhte Bundesbeteiligung an den kommunalen Sozialausgaben trägt zum Haushaltsausgleich bei, führt aber nicht zum Ausgleich der durch die jahrzehntelange Unterfinanzierung aufgelaufenen kommunalen Altschulden. Die geordnete Tilgung der kommunalen Altschulden aus Liquiditätskrediten besitzt folglich eine hohe Priorität, um den davon betroffenen Kommunen einen fiskalischen Neustart zu ermöglichen. Da diese Schulden in einem hohen Maße auf externen Ursachen basieren, für die Bund und Land mitverantwortlich sind, sind beide für die Abfinanzierung (Tilgung und Zinsen) auch mit in die Verantwortung zu nehmen.**

**Für die FW/FDP Fraktion sind Altschuldenabbau und Sicherung des Haushaltsausgleichs kein Selbstzweck. Sie dienen vielmehr dem Abbau des strukturellen Dilemmas und der Wiederherstellung und Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Sie sind damit Voraussetzung dafür, dass die Kommunen im Ruhrgebiet etwa die Folgen des Strukturwandels bewältigen können.**

**In Hessen und im Saarland hat man bereits eine Lösung dafür gefunden. Gerade jetzt im Zeitalter der Minuszinsen muss das Problem der Altschulden gelöst werden. Ich rufe deshalb alle Parteien hier im Stadtrat auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und endlich nach jahrzehntelangen Verdrängen zu handeln und das Schuldenproblem der Kommunen sowie deren finanzielle Unterstrukturierung zu lösen. Denken Sie daran, wenn vor Ort die Lichter ausgehen, weil zum Beispiel marode kommunale Straßen nicht repariert werden können oder Schwimmbäder wegen zu hoher Verluste geschlossen werden müssen und dadurch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der kommunalen Politik wächst, dann gehen auch die Lichter der großen Volksparteien aus. Das belegen die Ergebnisse der letzten Wahlen sehr deutlich, bei denen die Bedeutung der Rechtspopulisten rasant gewachsen ist.**

**Zum Schluss möchte ich mich im Namen der FW/FDP Fraktion bei allen Beschäftigten der Stadtverwaltung, der angeschlossenen Einrichtungen und Beteiligungen für ihren persönlichen Arbeitseinsatz recht herzlich bedanken, auch für die Unterstützung unserer politischen Arbeit.**

**Ihnen Allen wünschen wir ein ruhiges und frohes Weihnachtsfest sowie viel Gesundheit, Erfolg und Glück im neuen Jahr.**

